Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem.

Mittwoch, den 29. April 1925.

Einzelnummer: 25 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 51.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer 109, Hof rechts. Tel. 36-90. Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5—6 Uhr. Privat-Telephon des Schriftleiters: 28-45

Der Abonnementspreis für den Monat April beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich.

3. Jahrg.

Der Platzhalter der Hohenzollern gewählt

Die Wahl des Monarchisten Hindenburg zum Präsidenten der deutschen Republik ist eine Kampfansage an die europäische Welt. Die Wahl dieses Greises, der nie mehr als eine Schaupuppe war, bedeutet, daß sich das alte Preußisch-Deutschland wieder aufreckt.

Hindenburg als Präsident: ein Strich durch die Jahre seit 1914, nutzlos zwei Millionen Tote, vergebens sieben Jahre erbitterten Kampfes um Recht, Freiheit, Fortschritt.

Die nationalistischen Drahtzieher verstehen ihr Geschäft. Die Kandidatur Hindenburgs war für die Nationalisten gar nicht dumm. Tirpitz sowie die anderen Hohenzollernlakaien, die hinter dem alten Knaben Hindenburg stehen, wußten, daß das hervorragendste Gut des deutschen Volkes das „Gefühl" ist. Und so haben sie auch diesmal daran gerührt. Wie sagten doch die Portiers und Waschfrauen so wichtig? „Wat! Der olle ehrliche Hindenburch soll durchfallen! Det wär' ja schrecklich für ihn. Det kenn' ma ihm nicht antun."

Die Deutschnationalen haben Recht behalten. Es gibt Millionen Portiers und Waschfrauen in Deutschland!

Der demokratische Kandidat während des ersten Wahlganges, der badische Staatspräsident Dr. Hellpach nennt Hindenburgs Wahl eine Tragödie des deutschen Volkes. Dr. Hellpach sagt: „Hindenburg faßt seinen Platz nur als Platzhalter, seinen Dienst nur als Vasallendienst gegen den vorläufig noch unsichtbaren Wilhelm auf. Seine Blicke sind ausschließlich nach rückwärts gerichtet auf jenen Tag, an dem das Gewesene aus dem geschichtlichen Grabe steigt, um wenigstens als Gespenst noch einmal eine Stunde lang die Welt in Atem zu halten."

Die Präsidentschaft Hindenburgs bedeutet innerpolitisch den Bürgerkrieg, denn es ist ausgeschlossen, daß sich das werktätige Volk die Errungenschaften der Nachkriegszeit nehmen lassen wird. Die Welle der Reaktion, die von Hindenburg, Ludendorff und Tirpitz geleitet, über Deutschland gehen wird, muß den schärfsten Widerstand aller Republikaner hervorrufen.

Außenpolitisch bedeutet die Wahl eine Katastrophe. Die Fäden, die mühselig mit den früheren Feinden angeknüpft worden, sind zerrissen worden. Nichts hat den französischen Nationalisten so in den Kram gepaßt, wie die Wahl des Kaisermarschalls Hindenburg. Das kam bereits vor der Schicksalsstunde in der nationalistischen Presse unverhohlen zum Ausdruck.

In England und Amerika sowie im übrigen Auslande hat die Wahl den peinlichsten Eindruck hervorgerufen. Man ist sich bewußt, daß eine reaktionär-monarchistische Politik, wenn auch vielleicht verkappt, zu den schwierigsten außenpolitischen Verwicklungen führen muß.

Aus Sentimentalität hat das deutsche Volk diesen Kriegsgeneral gewählt. Die Torheit ist begangen worden — und das schwer geprüfte deutsche Volk geht einer dunklen Zukunft entgegen, denn die Präsidentschaft Hindenburgs ist eine Kriegserklärung an die Republik im Inneren und an den Frieden nach außen.

A. Z.

Sieg der Reaktion in Deutschland

Hindenburg zum Präsidenten der deutschen Republik gewählt. Die Kommunisten Handlanger der Monarchisten.

Die Wahlbeteiligung war außerordentlich stark. In Berlin wählten gegen 85% der Wahlberechtigten. Auch in den anderen Wahlbezirken schwankte die Beteiligung zwischen 78 und 85 Prozent.

Die Wahlagitation wurde sehr leidenschaftlich geführt. In Berlin kam es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Hakenkreuzlern und Kommunisten. Bis 6 Uhr abends mußte gegen 150 Personen ärztliche Hilfe erteilt werden. Auch viele andere Städte waren der Schauplatz blutiger Krawalle. In Hamburg durchzogen Trupps von Hakenkreuzlern die Straßen, antisemitische Lieder singend. Vor dem Bankhause Wahrburg rotteten sich die Trupps zusammen und versuchten das jüdische Bankhaus zu stürmen. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei.

Bereits während des Abends war die Stimmung in Berlin ziemlich gedrückt, als die Wahlergebnisse aus Bayern und Deutschland einzulaufen begannen. Es zeigte sich, daß allein in München Hindenburg 50 Prozent Stimmen mehr als Marx erhielt.

Nach der offiziellen Mitteilung brachte die Abstimmung folgendes Ergebnis:

für Hindenburg	14639937	Stimmen
„ Dr. Marx	13721640	„
„ Thälmann	1801125	„

Da Hindenburg die meisten Stimmen erhalten hat, so ist er zum Präsidenten der deutschen Republik gewählt worden. Die Kommunisten haben durch ihre Demonstrationskandidatur den Monarchisten zum Siege verholfen. Die Haltung der Kommunisten ist bezeichnend, denn sie haben trotz der Weisung Sinowjews, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten, auf Thälmann beharrt. Sie hatten durch die Aufstellung von Thälmann eine Dummheit begangen und dann fehlte ihnen der Mut, die Kandidatur zurückzuziehen. Von den Republikanern wird den Kommunisten übrigens zum Vorwurf gemacht, daß sie durch ihre Kandidatur die Front der Republikaner geschwächt haben, um Deutschland in den Bürgerkrieg zu treiben.

Zur tschechisch-polnischen Annäherung.

Die slawische Verbrüderung geht nicht über Warschau, sondern über Moskau.

Der tschechische Außenminister Dr. Benesch hat während seiner Anwesenheit in Warschau einen Presseempfang veranstaltet. Von den Pressevertretern wurden Dr. Benesch eine Reihe von verfänglichen Fragen gestellt, so daß der sonst so besonnene Diplomat aus seiner Ruhe gebracht wurde. Besonders aus der Fassung brachte ihn die Frage des Vertreters der bolschewistischen „Rosta", der wissen wollte, was Dr. Benesch über den Rigaer Vertrag und über die polnische Ostgrenze denke. Dr. Benesch geriet in Aufregung und sagte dem Journalisten, daß er auf solch hinterlistige Fragen keine Antwort gebe. In noch größere Aufregung geriet Dr. Benesch über die Frage eines deutschen Korrespondenten, der darauf hinwies, daß der Führer der tschechischen Nationaldemokratie, Dr. Kramarz, in einer in Preßburg gehaltenen Rede sich in sehr scharfer Weise gegen Polen aussprach. Dr. Kramarz ist einer der einflußreichsten tschechischen Politiker und seine Partei gehört zur Regierungsmehrheit.

Die polnische Presse, die sich anfänglich über die Korrespondenten, die Dr. Benesch in Verlegenheit brachten, aufgeregt hat, schaut heute bereits viel kühler auf die tschechisch-polnische Verständigung. Es sind ihr die Augen aufgegangen, nachdem der Wortlaut von Kramarzs Rede bekannt geworden ist. Dr. Kramarz hielt seine Rede vor national-russischen Vertretern von ganz Europa, die in Preßburg eine Tagung abhielten. Dr. Kramarz beruhigte die Russen und wies darauf hin, daß Dr. Beneschs Warschauer Reise keine Aenderung in der tschechischen Politik gegenüber Rußland bedeute. Er sagte dann weiter, daß die Mehrheit des tschechischen Volkes die Wiedergeburt eines nationalen Rußlands erwarte und daß eine Verständigung mit Polen auf Kosten Rußlands unmöglich sei. Dr. Benesch werde sicherlich den Polen zu verstehen geben, daß sie Rußland nicht weiter reizen dürften. Die Tschechoslowakei habe den Rigaer Friedensvertrag niemals anerkannt und betrachte die etwaige Annäherung an Polen nur als eine kurzfristige Notmaßnahme. Die tschechoslowakische Republik erwarte, daß die Fehler und das Unrecht des Rigaer Friedensvertrages entweder auf friedlichem Wege oder aber durch russische Kanonen wieder gut gemacht werden wird. Eine wirkliche slawische Verbrüderung gehe nicht über Warschau. Sie werde früher oder später in Moskau und mit Moskau durchgeführt werden.

Das ist eine äußerst deutliche Sprache. Die nachträgliche Empörung der polnischen Presse über die Tschechei ist nur allzu verständlich. Und da die tschechische Nationaldemokratie eine Partei ist, die zu jeder Zeit Dr. Benesch stürzen kann, so ist es klar, daß die Auslassungen dieses Parteiführers nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen sind. Erhöhte Bedeutung erhalten diese polenfeindlichen Aeußerungen, weil sie zeitlich mit der Reise Dr. Beneschs zusammenfielen.

* * *

Rußland droht mit der Abberufung der Gesandten aus Prag und Warschau.

Der polnische Gesandte in London Skirmunt, hatte im Foreign Office eine längere Besprechung über Dr. Beneschs Warschauer Mission. Das englische Außenministerium scheint über den Inhalt dieser Besprechungen einigermaßen beunruhigt zu sein, zumal Nachrichten aus Moskau vorliegen, daß die russische Regierung entschlossen ist, ihre Vertreter aus Prag und Warschau abzuberufen, da die abgeschlossenen Verträge den russischen Interessen zuwider seien.

Die Deutschen gegen Grabski.

Während der Generaldebatte über das Budget ergriff Abg. Piesch im Namen der Deutschen Sejmvereinigung das Wort und führte u. a. folgendes aus:

Die Deutsche Sejmvereinigung habe keinen Glauben an die Realität des Budgets. Abg. Piesch kritisierte die Steuer und Zollpolitik der Regierung, auf welchen Gebieten unglaubliche Fehler gemacht werden. Die Präliminierung der Vermögensabgabe in Höhe von 300 Millionen sei ein Unding, da sie im vergangenen Jahre unter Anwendung von Zwangsmitteln nur 199 Millionen ergeben habe, obwohl im vergangenen Jahre die wirtschaftliche Konjunktur besser gewesen sei. Die Belastung von Zucker und Salz mit großen Abgaben sei ein Beweis dafür, daß der Staat durch seine Wirtschaftspolitik selbst zur Steigerung der Teuerung beiträgt. Das Eisenbahnwesen steht nicht auf der notwendigen Höhe. Die ewig schwankende Tarifpolitik stört die wirtschaftliche Kalkulation. Redner verlangt den schnellsten Abschluß der Handelsverträge mit Polens Nachbarn, vor allem mit Deutschland. Bedauerlich sei es, daß in unserer Zeit, in der die Friedensidee offensichtlich die Menschheit erfüllt, gerade bei uns in Polen Kräfte an der Arbeit seien, die eine Atmosphäre der Gehässigkeit und Erbitterung schaffen, könne nicht oft genug betont werden, daß das Ansehen des polnischen Staates im Auslande unter den Einwirkungen der überaus nationalistischen, intoleranten Inlandspolitik leidet. Es gebe hier manche Kreise, die das Minderheiten-Problem am einfachsten mit Feuer und Schwert lösen möchten. Die Gewaltmaßnahmen gegen die deutsche Minderheit haben nicht

aufgehört. Die verfassungsmäßigen kulturellen Rechte der Deutschen werden mißachtet, durch Verordnungen untergeordneter Behörden werden die Reste kultureller Einrichtungen der Deutschen vernichtet. Polen hat ein Interesse daran, durch Gewähr der nationalen Autonomie die Lösung der Minderheitsfrage herbeizuführen. Die Feindschaft gegen die deutschen Bürger Polens zeige sich auch in der Behandlung der deutschen Presse und in dem Schutze deutscher Versammlungen. Aus nichtigen Gründen werden deutsche Zeitungen beschlagnahmt und deren verantwortliche Schriftleiter durch das Gericht in unglaublich harter Weise bestraft. Deutsche Versammlungen werden gesprengt und die anwesenden Polizisten sehen ruhig, ohne einzuschreiten, den empörendsten Angriffen auf die Versammlungsteilnehmer zu. Das sind Vorkommnisse, die eines Rechtsstaates **unwürdig** sind.

Abg. Piesch schloß seine, von der Linken mit Beifall aufgenommene Rede wie folgt:

Die Antwort auf unsere unrichtige Wirtschaftspolitik haben wir bereits erhalten. Trotz stabiler Valuta, trotz hoher Zollsätze und trotz großer Mehreinnahmen in indirekten Steuern und Zöllen ist es der Regierung nicht gelungen, das Budgetgleichgewicht und eine aktive Handelsbilanz zu erhalten. Das kann mit Hoffnung auf einen Erfolg nur dann geschehen, wenn eine vollständige Revision unserer Steuerpolitik, eine Anpassung unseres Zollwesens an das moderner Staaten und eine weitsichtige Organisierung des Kreditwesens so bald als möglich durchgeführt wird.

Statt die ganze Kraft auf die Erreichung der großen Ziele einzusetzen, die wir deutschen Bürger Polens mit aller Kraft zu unterstützen bereit sind, müssen wir konstatieren, daß unsere Innenpolitik und ihr Spiegelbild, die Budgetpolitik ganz unter dem Einfluß der Kreise stehen, die eine wirkliche Gesundung des Staates im Innern **nicht** wollen. Aus diesem Grunde müssen wir gegen das Budget stimmen.

Die Aussiedelung der Deutschen aus Polen.

Nach der „Rzeczpospolita“ sind aus den Wojewodschaften Posen und Pomerellen 1 000 000 Deutsche, d. i. 15 Prozent der Gesamtbevölkerung dieser Provinzen, seit 1918 „ausgewandert“. Außerdem werden noch 30 000 Deutsche als Optanten demnächst Polen verlassen müssen. Am meisten sind die größeren Städte entdeutscht worden, so ist z. B. in der Stadt Posen der Bevölkerungsanteil der deutschen Einwohner in den letzten sechs Jahren von 40 Prozent auf 5 Prozent herabgesunken.

Gegenüber den noch verbliebenen deutschen „Ansiedlern“ wird die polnische Regierung — laut „Rzeczpospolita“ — alle Mittel anwenden, insbesondere die der Agrarreform, um sie los zu werden und der deutschen Propaganda im Auslande den Rest ihrer Argumente aus der Hand zu schlagen.

Der Kampf um das Pluralwahlrecht.

Die Administrationskommission des Sejm hat die Verhandlungen über die Selbstverwaltungsgesetze wieder aufgenommen. Bevor jedoch zu der Durchberatung der Vorlage geschritten wurde, verlas der Kommissionsvorsitzende, Abg. **Putek** (Wyzwolenie), einige hundert Protestschreiben gegen das Pluralwahlrecht, die aus den verschiedenen Selbstverwaltungsgemeinden eingelaufen sind und beweisen, daß das Volk gegen das Pluralwahlrecht ist.

Die Verhandlungen über die Vorlage werden heute fortgesetzt.

Um Kopczynskis Nachfolger.

Nach der gestern stattgefundenen Ministerratssitzung begab sich Ministerpräsident Grabski zum Staatspräsidenten nach dem Belvedere, um diesem Radwan zum Minister für Bodenreform vorzuschlagen.

Sejm.

(Von unserem Warschauer K.-Korrespondenten.)

Der weiße Schrecken in den Grenzgebieten. — Minister nehmen Schmiergelder.

Die Sonnabendsitzung hatte einen sehr stürmischen Verlauf, obwohl nur sehr wenig Abgeordnete es für nötig fanden, die Klagen der Weißrussen und Ukrainer über die zum Himmel schreienden Zustände in den Grenzgebieten anzuhören. Auf den Regierungsbänken saßen nur Ministerpräsident Grabski und der Justizminister. Minister Thugutt zeigte sich nur ab und zu, um zu hören, was er auszuführen versprach und nicht ausgeführt hat.

Der Weißrusse Taraszkiewicz kritisierte die Gesetze in den Grenzgebieten. Er nannte sie einen Leichenwagen, hinter dem das ganze Volk gemordet wird. (Abg. Wasynczuk: Eine schändliche Metzelei!) In den Grenzgebieten werden die größten Gemeinheiten begangen. Es werden die Hände ausgedreht, die Fingernägel abgerissen, den Frauen die Brüste abgeschnitten. (Stimme von links: „Was sagt der Minister dazu? Er sitzt und schweigt! Der Minister ist der zweite Muraszko! — Rufe von rechts: „**Das ist alles zu wenig!**“ Der Abgeordneten von links bemächtigt sich eine heftige Erregung. Abg. Wojewudzki ruft einem Abg. der Rechten zu: „Das ist dir noch zu wenig, du Kanaille, du Vieh!“ — Abg. Wojewudzki wird dafür vom Marschall zur Ordnung gerufen.)

Abg. Fiderkiewicz von der Radikalen Bauernpartei führte Klage wegen der Verfolgung der radikalen Bauernelemente. Er führt an, daß letztens 6000 Handschellen für die politischen Feinde gekauft wurden, während die Banditen sich in Polen frei bewegen dürfen.

Abg. Skrzypa, Kommunist, verlangte die Loslösung Weißrußlands und der Ukraine, denn nur durch den Anschluß dieser Länder an Ssowjetrußland könne diese Frage gelöst werden.

Abg. Bryl nannte Thugutt einen arbeitslosen Minister. Sehr scharf geißelte er die Korruption, die nicht einmal vor Ministern halt mache. Als Beweis dessen führte er an, daß der ehemalige Minister für Handel und Industrie, Szydlowski („Piast“) vom Naphthatrust mit 140 000 Zloty bestochen wurde.

* * *

In der gestrigen Sejmsitzung gelangte das Budget des Kultusministeriums zur Besprechung. Stanislaw Grabski sprach zu dem Budget seines Ministeriums, ohne die politische Seite zu berühren. Er beschränkte sich nur darauf, zu erklären, wie er sich die Erziehung des gegenwärtigen polnischen Bürgers denkt. Von den Bedürfnissen der Minderheiten hat er vollständig vergessen. Und deswegen machte Abg. Grünbaum, als Grabski bereits geendigt hatte, den Zuruf: „Und wie wird es mit den Schulen der Minderheiten sein?“. Grabski kehrte daraufhin zurück und gab die Erklärung ab, daß er sich bemühen werde, die Minderheitenschulgesetze zu bearbeiten. Die Aussprache über das Budget des Kultusministers wird heute beendet.

Die Militärdiktatur in Bulgarien.

Die Morde in Bulgarien werden fortgesetzt. Das ganze Land befindet sich in Aufruhr. Die Strafexpeditionen der Regierung stoßen auf erbitterten Widerstand. Die blutigen Kämpfe haben erneut zahlreiche Opfer gefordert.

Der Thron der Coburger ist ins Schwanken geraten. Die Militaristen halten König Boris gefangen, weil er die Dimission der Blutregierung Zankow gefordert haben soll.

Die Delegation der englischen Arbeitspartei, die in Wien eingetroffen ist, berichtet über haarsträubende Dinge. Die meisten Verhafteten werden ohne gerichtliches Verfahren an die Wand gestellt und ermordet.

Die bulgarische Regierung versucht die Schuld an dem Aufstand den Ssowjets zuzuschreiben. Tschitscherin hat die Erklärungen der Regierung als freche Lügen bezeichnet und darauf hingewiesen, daß das Blutregiment Zankow selbst an der Auflehnung des Volkes schuld sei, das sich nicht widerstandslos hinmorden lassen will.

Ein Gerichtsvorsitzender während der Verhandlungen erschossen.

Während einer Verhandlung des Militärgerichts gegen Kommunisten ergriff einer der Angeklagten plötzlich das Gewehr eines Soldaten der Eskorte und legte auf den Vorsitzenden des Gerichts an. Durch eine Kugel in die Brust getroffen brach der Vorsitzende tot zusammen. Der Angeklagte wurde darauf an die Wand gestellt und ebenfalls erschossen.

Frankreich für direkte Verhandlungen mit Deutschland.

Wie aus Paris und London gemeldet wird, tragen sich Ministerpräsident Painleve sowie Außenminister Briand mit der Absicht, nach London zu fahren, um mit der englischen Regierung die Sicherheitsfrage zu erörtern. Bei dieser Gelegenheit soll auch die Frage der Räumung des Rheingebiets besprochen werden.

Außenminister Briand hat sich Pressevertretern gegenüber geäußert, daß die französische Regierung die Absicht habe, mit Deutschland in direkte Verhandlungen über den Sicherheitspakt zu treten. Damit gibt Briand den Standpunkt Herriots, der bekanntlich verlangt hat, daß Deutschland vor Eintritt in irgendwelche Verhandlungen über die Sicherheitsfrage in den Völkerbund eintrete, endgültig auf.

Die Sowjetstaatsanleihe.

Starke Ueberzeichnung.

Das Schlußergebnis der zwischen dem 7. und dem 13. April aufgelegten Staatsanleihe weist folgende Zahlen auf: Die Kleinverschreibungen bis zu 500 Rubel ergaben ein Erträgnis von 12 119 640 Rubel, die Mittelverschreibungen bis zu 5000 Rubel ergaben ein Zeichnungsergebnis von 4 156 710 Rubel und die Großverschreibungen ein Ergebnis von 35 440 480 Rubel. Das Gesamterträgnis der Anleihe beträgt somit 51 716 830 Rubel.

Zur belgischen Ministerkrise.

Auflösung des Parlaments?

Vandervelde hat die Unmöglichkeit der Regierungsbildung durch die Sozialisten mitgeteilt. Der sozialistische Nationalrat hat sich nämlich gegen die Bildung einer rein sozialistischen Minderheitsregierung ausgesprochen.

Die katholische Partei hat nun den Auftrag der Regierungsbildung übernommen. Doch ist es fraglich, ob es dieser Partei gelingen wird, die Liberalen für sich zu gewinnen. Ein Ausweg bleibt, indem man eine Regierung der Fachmänner beruft, die außerhalb der Parteien stehen. Augenblicklich sondiert man die Stellungnahme der einzelnen Parteien. Sollte es jedoch auch auf diese Weise unmöglich sein, eine Regierung zustande zu bringen, so wird von den Sozialisten die Frage der Auflösung der Kammer in Erwägung gezogen. Die Sozialisten glauben bei Neuwahlen noch besser abzuschneiden.

Asien gegen Amerika.

„Chicago Tribune“ veröffentlicht einen Geheimbericht, wonach zwischen Rußland, Japan und China ein **Abkommen** getroffen wurde, das sich gegen die Vereinigten Staaten richtet. Der Vertrag soll dazu dienen, die drei Staaten einander näher zu bringen, um gemeinsam Amerika von den Märkten des Fernen Ostens zu verdrängen.

Die deutschen Sejmabgeordneten verlangen die Herabsetzung der Paßgebühren.

Ein Auslandspaß — 10 Zloty.

Die Abgeordneten Kronig und Piesch haben in der Freitagsitzung des Sejm nachstehenden Antrag eingebracht:

Antrag

der Abgeordneten Kronig, Piesch und Gen. von der Deutschen Vereinigung im Sejm und anderer Abgeordneter in Angelegenheit der Paßgebühren.

Die Unterzeichneten beantragen:

Der Hohe Sejm wolle beigefügtes Gesetz annehmen.

Warschau, den 24. April 1925.

Die Antragsteller.

Gesetz

über die Regelung der Paß- und Visagebühren.

Art. 1.

Die zur Reise nach dem Auslande erforderlichen Personalausweise (Pässe) unterliegen einer Gebühr von 10 Zl. Auf Grund von vorgelegten Mittellosigkeitszeugnissen sind die Behörden berechtigt, ermäßigte Pässe für 5 Zloty auszufolgen. Gegen Vorlage eines Armutszeugnisses wird die Paßgebühr auf 2 Zloty ermäßigt.

Diplomatenpässe sind gebührenfrei.

Pässe und Bescheinigungen, die an Arbeiter, Auswanderer sowie an Personen ausgefolgt werden, die sich zu Verdienstzwecken nach dem Ausland begeben, sind gebührenfrei.

Art. 2.

Die Geltungsdauer für einen Paß wird auf 1 Jahr bestimmt. Der Paß berechtigt in der Zeit seiner Gültigkeit zu wiederholten Ausreisen in das Ausland ohne Verpflichtung zu neuerlicher Bezahlung eines Sichtvermerks.

Art. 3.

Die Ausstellung von Pässen ist Sache der Behörden 1. Instanz. Diese können die Ausstellung nur dann verweigern, wenn die Gefahr besteht, daß der Bewerber sich einer gerichtlichen Verfolgung oder der Ableistung der Militärdienstpflicht entziehen will.

Art. 4.

Mit der Durchführung des Gesetzes wird der Innenminister betraut.

Art. 5.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Alle auf die Ausfolgung von Pässen bezugnehmenden Verordnungen und Gesetze verlieren mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes ihre Gültigkeit.

Begründung.

Der Hohe Sejm hat am 17. Juli 1924 ein Gesetz angenommen, in dem im Art. 1 die Festlegung der Höchstgebühr für Pässe dem Finanzminister im Einvernehmen mit dem Innenminister überlassen wurde. Durch persönliche Verhandlungen von delegierten Mitgliedern der Budgetkommission mit dem Herrn Ministerpräsidenten war damals eine Einigung erzielt worden, derzufolge die Höchstgebühr mit 50 Zloty bemessen werden sollte. Der Herr Ministerpräsident hat sich um diese dem Willen der Mehrheit der Budgetkommission und des Sejm entsprechende Regelung der Paßgebühr nicht bekümmert und kurz darauf neuerdings den Preis des Passes mit 500 Zloty festgesetzt. Erst im Herbste trat eine Ermäßigung der Gebühren auf 100 Zloty ein. Mit dem 1. April l. J. fand sich der Herr Ministerpräsident unter völliger Mißachtung der vom Sejm beschlossenen Richtlinien für die Ausfolgung von Pässen veranlaßt, eine neue Paßverordnung herauszugeben, die den Preis des Passes mit 250 Zloty bestimmte, aber auch die gesetzlichen Bestimmungen wegen Ausfolgung von ermäßigten Pässen einfach umstürzte. Dadurch hat der Herr Ministerpräsident bei der Bevölkerung des ganzen Staates eine tiefe Erbitterung ausgelöst, da die neue Paßbestimmung eine direkte Versklavung der polnischen Staatsbürger bedeutet und im schärfsten Widerspruche zu

den wahren Grundsätzen eines demokratischen Freistaates und seiner Verfassung steht. Die seitens der Regierung angegebene Begründung ihrer Maßnahmen, daß jeder Ausreisende 1000 Zl. über die Grenze führe, ist einfach lächerlich. Von den 80 000 Pässen, die im Vorjahre ausgefolgt wurden, sind wohl kaum 15 Millionen Zloty aus dem Lande geführt worden. Soll dieser Betrag bei einem Budget von über 2 Milliarden Zloty tatsächlich das Gleichgewicht unserer Finanzen erschüttern können? Aber auch die Ausfolgung ermäßigter Pässe wird an Bedingungen geknüpft, welche die gute Absicht des Sejm direkt illusorisch machen. Der sich um den Paß Bemühende wird durch verschiedene Aemter geschleppt und muß bedeutende Kosten aufwenden, bis er endlich nach Wochen in den Besitz des ihm so nötigen Dokuments gelangt. An Auslandshochschulen Studierende sind genötigt, bei jeder Ausreise die Bewilligung des Unterrichtsministeriums einzuholen, wodurch Störungen des Studienverlaufs zum großen Schaden des Studierenden eintreten. Alle diese administrativen Vorschriften widersprechen dem Paßgesetz und den Grundsätzen eines demokratischen Kulturstaates.

Abg. Daczko — 65 Jahre.

Am heutigen Tage begeht Schulrat Karl Daczko, Mitglied der Deutschen Vereinigung im Sejm, seinen 65. Geburtstag. Abg. Daczko ist am 28. April 1860 in Jankowka, Kreis Angerburg (Ostpreußen), geboren. Er widmete sich dem Lehrerberuf, den er über 40 Jahre ausübte. Im Mai 1920 wurde Schulrat Daczko in den Verfassunggebenden Sejm und im November 1922 in den jetzigen Sejm gewählt.

Auf parlamentarischem Boden wirkt Schulrat Daczko mit eisernem Fleiß und zäher Energie für die Sache seiner deutschen Volksgenossen. Ganz besonders liegt ihm die Erhaltung des deutschen Schulwesens am Herzen.

Den vielen Glückwünschen, die dem hochverdienten Abgeordneten heute dargebracht werden, fügen wir auch die unsrigen hinzu. Wir wünschen ihm noch lange Jahre ersprießlicher Arbeit für das Wahl unseres Volkes.

Kurze politische Nachrichten.

Oesterreichisch-polnische Verhandlungen. Die österreichische Regierung wandte sich an die polnische Regierung mit dem Vorschlage einer Revision des polnisch-österreichischen Handelsvertrages. Der Vorschlag der österreichischen Regierung wurde seitens Polens akzeptiert, da der vor einigen Jahren abgeschlossene Handelsvertrag den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Die einleitenden Verhandlungen zur Aenderung des polnisch-österreichischen Handelsvertrages haben bereits begonnen.

Besuch König Alexanders in Warschau? Blättermeldungen zufolge soll der jugoslawische König Alexander in der ersten Hälfte des Monats Mai zum Besuche nach Warschau kommen.

Vollzug des Urteils im Needra-Prozeß. Die Pastor Needra zudiktierte Strafe für seine Beteiligung am Libauer Putsch ist am 4. April in Kraft getreten. An diesem Tage sollte er seine 3jährige Festungshaft antreten, doch hat der Gerichtshof den Vollzug des Urteils noch nicht verfügt. In den nächsten Tagen soll der Prokureur des Bezirksgerichts vom Gerichtshof die betreffende Vollzugsverfügung erhalten. Da Lettland keine Festungen besitzt, soll Needra seine Haft im Zentralgefängnis verbüßen.

Der Präsident von Portugal tritt zurück. Der Präsident der Republik hat an den republikanischen Kongreß ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Dimission gibt. Der Kongreß wird zusammentreten, um darüber zu beraten. Es scheint sicher, daß er die Dimission nicht annehmen wird.

Vereinigte Staaten von Südamerika. Der argentinische Senat beschloß mit allen gegen eine Stimme die Bildung einer süd- und mittelamerikanischen Staatenunion. Die Regierung wurde aufgefordert, sofort Verhandlungen mit den Regierungen der übrigen amerikanischen Länder aufzunehmen und militärische und maritime Abkommen zustandezubringen.

Lokales.

Urlaube. Am 1. Mai beginnt die Urlaubszeit. Jedem Arbeiter, der ein volles Jahr gearbeitet hat, steht ein 8tägiger Urlaub zu, in den die Sonn- und Feiertage nicht eingerechnet werden dürften. Diejenigen Arbeiter, die drei Jahre in einem Betriebe arbeiten, erhalten 15 Tage Urlaub, Arbeiter bis zu 18 Jahren erhalten von einem Jahre Arbeitszeit ab einen 14tägigen Urlaub. Akkordarbeiter berechnen das Urlaubsgeld im Verhältnis zu den Verdiensten der letzten drei Monate. Die Zeit der Krankheit des Arbeiters wird zu der Arbeitszeit hinzugerechnet. Falls ein Arbeiter entlassen und dann wieder eingestellt wurde, wird die Zeit der Unterbrechung, wenn sie drei Monate nicht übersteigt, hinzugerechnet. Wenn ein Arbeiter während der Urlaubszeit krank ist, so muß der Termin seines Urlaubs verschoben werden, auch wenn der Urlaub in der Zeit nach dem 30. September ausfallen würde. Für den Urlaub muß der volle Lohn gezahlt werden. Der Verkauf des Urlaubs, das heißt der Verzicht auf denselben gegen Bezahlung, ist nicht gestattet.

Die Ausgabe der Talons an die Arbeitslosen erfolgt in einer neuen Ordnung, u. zw. werden die Talons am 27., 28., 29. und 30. April in nachstehenden Büros zur Verteilung gelangen: Im Büro 1 — Kilinskiego 55, im Büro 2 — Dembowastr. 5, im Büro 3 — Zgierskastr. 58, im Büro 4 — Nawrotstr. 100. Am 27. April werden die Talons an Arbeiter verteilt, die nach der neuen Registrierung Ausweise mit nachstehenden Nummern besitzen: im Büro 1 in der Zeit von 8—3 Uhr von Nr. 1401—2100; von 3—10 Uhr von 2101—2800. Im Büro 2 von 8—3 Uhr von 1401—2200 und von 3—10 Uhr von 2201—3000. Im Büro 3 von 8—3 Uhr 1001—1600. Im Büro 4 von 8—3 Uhr 1401—2200, von 3—10 Uhr 2201—3000. Am 28. April, Büro 1 von 8—3 Uhr 2801—3500, von 3—10 Uhr 3501—4200. Im Büro 2 von 8—3 Uhr 3001—3800, von 3—10 Uhr 3801—4600. Im Büro 3 von 8—3 Uhr 1601—2200. Im Büro 4 von 8—3 Uhr 3001—3800, von 3—10 Uhr 3801—4600. Am 29. April werden die Talons nur von 8 bis 3 Uhr nachm. verteilt. Im Büro 1 — Besitzer der Legitimationen mit den alten Nummern des 1. Registrierungsbüros von Nr. 6776—8150. Arbeitslose, die nach der neuen Registrierung Ausweise mit nachstehenden Nummern besitzen: im Büro 2 von Nr. 4601—5400; Büro 3 2201—2800; Büro 4 4601—5300. Am 30. April findet die Verteilung der Talons von 8—3 Uhr statt. Im Büro 1 Besitzer der Legitimationen mit den neuen Registrierungsnummern von 4201 bis Ende sowie Besitzer der Legitimationen der alten Nummern des 1. Registrierungsbüros von 8151 bis Ende. Arbeitslose, die nach der neuen Registrierung Ausweise mit nachstehenden Nummern besitzen: Im Büro 2 von 5401 bis Ende, im Büro 3 von 2801 bis Ende und im Büro 4 von 5301 bis Ende.

Bisher 15 Millionen Zloty für die Arbeitslosen. Seit Beginn der Auszahlung von Unterstützungen an die Arbeitslosen sind bis jetzt 15 Millionen Zloty ausgezahlt worden. Auf Grund des Gesetzes über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit sind 800 000 Zloty eingelaufen. Für den Rest, d. h. 14 Millionen muß der Staat aufkommen.

Zur Verhaftung des Dr. v. Behrens. Wir berichteten vor einiger Zeit über die in Bromberg erfolgte Verhaftung des früheren Direktors der „Freien Presse", Dr. Eduard v. Behrens. Wir nahmen damals an, daß die Verhaftung infolge der von Behrens in der „Deutschen Rundschau" sowie im „Posener Tageblatt" veröffentlichten Artikel erfolgt wäre. Wie wir jedoch von Abg. Kronig, der den Verhafteten im Zentralgefängnis zu Warschau besuchte, erfahren, handelt es sich um einen im Oktober 1922 in der „Freien Presse" veröffentlichten Artikel, in dem der N. P. R.-Führer Wachowiak als Urheber der Deutschenverfolgungen im ehemals preußischen Teilgebiet bezeichnet wird. Dr. v. Behrens muß für diesen Artikel mit 2 Monaten Gefängnishaft büßen, weil der Verlag es versäumt hat, für die rechtzeitige Appellation Sorge zu tragen.

Die „Freie Presse" handelt wahrscheinlich nach dem Grundsatz: „Der Mohr hat seine Pflicht getan, der Mohr kann gehen!"

Billigere Auslandspässe können nur diejenigen Personen erhalten, die ein Armutszeugnis vorweisen können. Die Bescheinigungen stellen die Polizeikommissariate nach vorheriger Einziehung von Erkundigungen bei der Steuerbehörde über die Höhe des Einkommens der um einen Paß sich bemühenden Person aus. Es werden demnach nur denjenigen Personen Bescheinigungen ausgestellt, deren Vermögen, das die Grundlage für die Vermögenssteuer bildet, nicht höher als 20 000 Zloty beträgt, sowie deren Umsatz für das Jahr 1924 nicht höher als mit 15 000 Zloty eingeschätzt wurde.

Eine Versammlung der städtischen Angestellten fand am Sonntag im Lokale des Klassenverbandes statt. Die Versammlung protestierte gegen die Verordnung des Staatspräsidenten vom 30. Dezember 1924, wonach die Gehälter der Kommunalbeamten denen der Staatsbeamten angepaßt werden sollen. Man wies darauf hin, daß die Reduzierung der Gehälter eine Gefahr für die moralischen Qualitäten der Beamten bedeute, denn es sei nicht ausgeschlossen, daß Beamte aus Not der Korruption verfallen werden.

Die Einberufung des Jahrganges 1904 findet in der Lodzer Wojewodschaft in der Zeit vom 11. Mai bis zum 30 Juni statt. Die Einberufungskommissionen werden täglich mit Ausnahme der Feiertage im Lodzer Kreise (P. K. U. Lodz-Kreis) vom 11. Mai bis 9. Juni und in Lodz selbst vom 11. Mai bis 30. Juni tätig sein. In Konin findet die Einberufung vom 11 Mai bis 10. Juni, in Kalisch vom 11. Mai bis 30. Juni, in Brzeziny vom 11. Mai bis 20. Juni, in Kolo vom 11. Mai bis 9. Juni, in Lask vom 11. Mai bis 24. Juni, in Łęczyca vom 11. Mai bis 19 Juni, in Petrikau vom 11. Mai bis 30. Juni, in Radomsko vom 11. Mai bis 24. Juni, in Sieradz vom 11. Mai bis 9 Juni, in Slupce vom 11. Mai bis 9. Juni, in Turek vom 11. Mai bis 8. Juni und in Wielun vom 11. Mai bis 25. Juni statt. Gesuche um Zurückstellung sind, wenn es sich um eine in Lodz wohnhafte Person handelt, an das Regierungskommissariat, in anderen Fällen an die zuständigen Starosteien zu richten.

Statistisches aus Polen. Die unlängst erschienene Broschüre „Tablice statystyczne Polskie" veröffentlicht eine nicht uninteressante Zusammenstellung der Zahlen des Staatlichen Statistischen Amtes. Wir entnehmen ihr folgendes: Polen ist in 15 Wojewodschaften, 277 Kreise, 641 Städte, 12 622 Gemeinden und 2691 Gutsbezirke eingeteilt. Das Staatsgebiet umfaßt eine Gesamtausdehnung von 388 328 Quadratmeter mit einer Bevölkerung von 27 192 600 Köpfen. Die Landesgrenzen sind 3823 Kilometer, die Meeresgrenzen 137 Kilometer, zusammen 3960 Kilometer lang Die Bevölkerungsdichte beträgt 70,3 für den Quadratkilometer. Polen hat 320 000 Invaliden, d. s. 1,2 Prozent (Oesterreich 6,1 Prozent, Belgien 0,7 Prozent!), Frauen gibt es 2 Prozent mehr als Männer. Das Volksvermögen stellt einen Wert von 88 410 Mill. Goldfranken dar, das sind 3250 Goldfranken auf den Kopf der Bevölkerung. Diese Zahlen sind für Polen im Jahre 1922 ermittelt. Durch den Krieg wurden in Polen 1 785 300 Gebäude verwüstet. 2 Drittel davon sind wieder aufgebaut worden. Die Auswanderung ist recht beträchtlich. Allein nach Amerika sind ausgewandert im Jahre 1912-13 174 400, im Jahre 1914-15 9100, im Jahre 1918-19 700, im Jahre 1920-21 21 100, im' Jahre 1922-23 13 200 Polen. In den Vereinigten Staaten leben 1 140 000 Polen, also etwa 1,1 Prozent der Gesamtbevölkerung. Polen hat 27400 Volksschulen, d. i. 7,1 auf 100 Quadratkilometer. Auf eine Schule entfallen 2 Lehrer, auf 1000 der Bevölkerung 118 Schüler, auf einen Lehrer 56 Schüler. Von 100 Rekruten sind 29 Analphabeten.

Verzollung von Rauchmaterialien an der Grenze. Wie die Warschauer Blätter auf Grund von eingeholten Informationen beim Finanzministerium mitteilen, ist bei der Einreise nach Polen die Mitnahme von entweder 50 Gr. Pfeifentabak oder 10 Gr. Zigarettentabak oder 20 Zigarren oder 50 Zigaretten zollfrei gestattet. Ebenso kann gegen Verzollung von den Einreisenden 1 Kg. Tabakerzeugnisse eingeführt werden.

Die vier dunklen Punkte der „Neuen Lodzer Zeitung." Nach berühmten Mustern hat sich nun auch die „Neue Lodzer Zeitung" auf die Vertretung aller Lebewesen unter der Sonne geworfen. In halbseitigen Anzeigen macht sie bekannt, daß sie gleichzeitig „das Blatt der Industrie, das Blatt der Kaufmannschaft, das Blatt des Mittelstandes, das Blatt des Handwerkers und des Arbeiters ist."

Also eine Pudelmütze für alle. Die Vielseitigkeit der „N. L. Ztg." ist geradezu rührend.

Eine Familientragödie. In der Sienkiewiczstr. wohnte ein gewisser Czernichow, der aus Rußland zurückgekehrt war und sich hier ein Geschäft eingerichtet hatte. Infolge der Wirtschaftskrise ging sein Geschäft immer schlechter, so daß er vor dem Bankrott stand. Die Aufregungen des Geschäfts gingen ihm so nahe, daß Czernichow, der bereits an einem Herzfehler leidete, plötzlich verstarb. Seine Frau hatte mit schweren wirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen, so daß ihr Nervensystem zerrüttet wurde. Gestern warf sie nun in der Erregung einen Briefbeschwerer an den Kopf der Tochter, die verletzt zusammenbrach. In der Verzweiflung darüber, was sie getan hat, verfiel sie einem Tobsuchtsanfall. Sie mußte nach der Irrenanstalt gebracht werden.

Festgenommener Erpresser. Der Sohn eines Villenbesitzers in Adelmuwek, Cypel, wollte von der Firma Ejtingon 5000 Zloty erpressen, indem er drohte, daß er Herrn E. ermorden werde. Der Erpresser wurde verhaftet und nach dem Gefängnis gebracht.

Vom Deutschen Theater.

Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben:

Mittwoch, den 29. April l. J., findet im Wiederholungsabonnement Nr. 28 die letzte Aufführung des musikalischen Schwanks „Meine Braut — Deine Braut" von Hans H. Zerlett statt. — Donnerstag, den 30. April l. J. (letzte Vorstellung dieser Saison) wird im Premierenabonnement Nr. 30 ein „Bunter Abend" in Form einer Revue nach Wiener Muster veranstaltet.

Vereine.

Herrenabend im Verein deutschsprechender Meister und Arbeiter. Am Sonnabend, den 2. Mai, veranstaltet der Verein deutschsprechender Meister und Arbeiter in seinem eigenen Lokale in der Andrzejastraße 17 für seine Mitglieder und Gönner des Vereins einen Herrenabend verbunden mit Schweineschlachten. Für denselben ist ein reichhaltiges Programm vorbereitet worden. Wer also wieder ein paar lustige Stunden verbringen will, der besuche diesen Abend. Der Eintritt ist frei.

Der Kirchengesangverein der St. Trinitatisgemeinde hat das in der Kilinskiegostraße Nr. 83 belegene Grundstück als Vereinshaus gekauft. Der Kauf soll am Montag, den 4. Mai, in einer außerordentlichen Generalversammlung bestätigt werden. Von dem Gedanken, ein Vereinshaus zu erbauen, mußte der Verein der hohen Baukosten wegen absehen.

Chr. Commisverein. Ein Vortrag über „Buddha". Der erste im neuen Lokal am 23. d. Mts. von Dr. Kotzian-Zgierz gehaltene Vortrag über dieses Thema fand eine zahlreiche Zuhörerschaft. Unter den eingeführten Gästen befanden sich diesmal auch Gymnasiallehrer und -Lehrerinnen. Der sich durch seine Stilistik auszeichnende Vortrag entrollte den Zuhörern ein genaues Bild des Lebens des indischen Philosophen Gotama, des Wesens seines philosophischen Systems, der Vollkommenheitsstufen bis zum höchsten erreichbaren, der Buddhastufe, sowie der buddhistischen Gemeinden. Gotama, der durch Kontemplation die Buddhastufe erreicht habe, ist kein Religionsstifter, sondern der Schöpfer einer Mönchsphilosophie. Aus dem Schluß des Vortrages vernahmen wir, daß Redner das Studium der Buddhistischen Lehre zwar empfiehlt, etwa in dem Sinne wie wir ja auch Etnographie und anderes studieren, aber nicht in dieser Philosophie die Zukunftsreligion Europas zu sehen. Im nächsten Vortrage wird von einem anderen Weisen in indischem Sinne, dem Sohne des Erneuerers der vom Ram Mohun Roy gegründeten theistischen Kirche Indiens, dem allbekannten Rabindranath Tagore, handeln, dessen Dichtungen in der sächsischen Volkskirche tatsächlich als Predigt-Texte und in den Liturgien verwendet werden.

sh.

Sport.

Spiele um die Meisterschaft Polens.

Ł. K. S. — Amateure (Kattowitz) 2:1 (1:1)
T. K. S. (Thorn) — Polonia (Warschau) 3:1 (2:1)

Gesellschaftsspiele.

Kraft — Hakoah 3:0
G. M. S. — Widzew 1:0
Ł. K. S. III — T. Z. S. 9:1

In Krakau siegte:

Czechie Karlin (Tschechei) — Hasmonea 2:1 (0:1)
Czechie Karlin — Pogoń 1:0
Slovan (Wien) — Wisła 1:0
Cracovia — Pardubice 3:0

Aus dem Reiche.

Die Stadtratwahlen in Pabianice.

Die Deutsche Arbeitspartei Polens erhielt 3 Mandate.

Die Wahlbeteiligung war trotz des regnerischen Wetters ziemlich stark. Sie betrug gegen 75 Prozent. Von 22 709 Stimmberechtigten sind 19 970 zur Wahlurne gegangen. Die Liste 4 der Deutschen Arbeitspartei Polens erhielt 1523 Stimmen und 3 Mandate sowie einen Vertreter. Die Liste 1 (Vereinigte Handwerker) erhielt 757 Stimmen — 1 Mandat und keinen Vertreter. Liste 2 (Poln. Soz. Partei) — 4133 Stimmen — 7 Mandate und 4 Vertreter. Liste 3 (Poalej Zion) — 137 Stimmen — kein Mandat. Liste 5 (Unabhängige Sozialisten) — 1648 Stimmen — 3 Mandate und einen Vertreter. Liste 6 (Vereine, Verbände und Bürger) — 3227 Stimmen — 6 Mandate und 3 Vertreter. Liste 7 (Nationale Arbeiterpartei) — 3638 Stimmen — 6 Mandate und 3 Vertreter. Liste 10 (Jüdische Orthodoxen) — 1465 Stimmen — 2 Mandate und einen Vertreter. Liste 11 (Christliche Demokraten) — 1270 Stimmen — 2 Mandate und einen Vertreter. Liste 12 (Polnische Unparteiische Demokratengruppe) — 503 Stimmen — kein Mandat. Liste 13 (Unparteiisches Jüdisches Wahlkomitee) — 432 Stimmen — kein Mandat. Liste 15 (Vereinigte jüdische sozialistische Arbeiter und Handwerker) — 369 Stimmen — kein Mandat. Liste 16 (Vereinigtes Jüdisches Wahlkomitee) — 868 Stimmen — 1 Mandat und kein Vertreter.

Die Deutsche Arbeitspartei Polens hat mit diesem Ergebnis im Verhältnis zu den letzten Wahlen einen glänzenden Sieg errungen. Seit den letzten Wahlen haben sich die Deutschen als solche überhaupt nicht hervorgewagt und stellten ihren einzigen Kandidaten auf die polnische Liste. Im nunmehr verabschiedeten Stadtrat besaß die deutsche Bevölkerung von Pabianice also nur einen einzigen Vertreter. Die D. A. P. hat an den vorherigen Wahlen nicht teilgenommen und trotzdem am Sonntag 1523 Stimmen auf sich vereinigen können. Dies ist ein Beweis dafür, daß die werktätigen Deutschen die Notwendigkeit, eine eigene Vertretung zu besitzen, eingesehen haben.

Die besitzenden Deutschen, die in der letzten Zeit von verschiedenen deutschen Führern als Muster gegenüber der D. A. P. hingestellt werden, zeigten ihr wahres Gesicht, indem sie sich restlos den Chjenisten verschrieben und am Wahltage sogar in einem deutschen Aufruf Arbeiter, Angestellte und überhaupt jeden Stimmberechtigten aufforderten, für die Liste 6 zu stimmen. Hoffentlich werden diese Führer nun ihre Liebe zu den bürgerlich gesinnten Deutschen etwas abgekühlt sehen und anstatt Phrasen zu dreschen, an die Aufklärungsarbeit unter den Besitzenden gehen.

Die Lodzer deutsche Tagespresse hat vor den Wahlen zu den einzelnen Listen keine Stellung genommen und es nicht für nötig befunden, ihre wenigen Leser in Pabianice aufzuklären. Die D. A. P. hat die Wahlarbeit somit durch eigene Kraft geleistet. In der gestrigen „Freien Presse" aber findet es diese Zeitung für richtig, die auf der Chjenaliste gewählten Dr. Krusche und Dr. Loth, zwei bekannte Polonisatoren, als Deutsche zu bezeichnen. Das Blatt ist also schon sehr weit gekommen.

Den gewählten Stadtverordneten der D. A. P. wünschen wir Kraft und Ausdauer zur Verteidigung der Interessen ihrer tapferen Wähler.

Zyrardow. Stadtratsitzung. In der Sitzung des Stadtrates vom 22. April wurde der Haushaltsplan in der zweiten Lesung behandelt. Von der Finanz- und Budgetkommission sind weitgehende Aenderungen der Ausgaben für Bildungszwecke vorgenommen worden. Außer des bisherigen Schularztes ist von der Kommission ein weiteres Etat für einen weiblichen Schularzt vorgesehen worden; weiter werden im laufenden Jahre anstatt einer, zwei Hygienistinnen für die Volksschulen angestellt. Als Neueinführung ist die Verabreichung von gekochter Milch und Semmel oder einer kräftigen Suppe in den Volksschulen zu begrüßen. In derselben Sitzung des Stadtrates wurde beschlossen, bis zur Realisierung der Investitionsanleihe in der Höhe von 750 000 Zloty eine kurzfristige Anleihe von 150 000 Zloty aufzunehmen. Vor Beginn der Tagesordnung wurde vom Vorsitzenden des Stadtrates ein Protestschreiben von seiten der Einwohnerschaft gegen die Umbenennung der Dittrich-Allee verlesen. Behandelt wird diese Angelegenheit erst in der nächsten Sitzung.

Warschau. Ein Rechtsanwalt schießt auf einen Zeugen. Der Rechtsanwalt Hofmokl-Ostrowski hat während einer Gerichtsverhandlung auf den Zeugen, Leutnant Jendraszek, sechs Revolverschüsse abgefeuert. Die Schüsse gingen jedoch fehl, da der Leutnant sich hinter einem Pfeiler duckte. Die Vorgeschichte dieses aufregenden Vorfalles spielte sich einen Tag zuvor ab. Rechtsanwalt Hofmokl-Ostrowski verteidigte in diesem Prozeß drei Angeklagte, die der Spionage zugunsten der Sowjets verdächtigt wurden. Während des Verlesens der Zeugenliste stellte man fest, daß einer der Hauptzeugen, u. zw. Leutnant Jendraszek nicht anwesend sei. Rechtsanwalt Hofmokl rief dabei aus: „Provokateur! Nicht einmal als Zeuge will er sich stellen." Am nächsten Tage stellte sich der Leutnant dem Gericht. Da ihm diese Außerung hinterbracht worden war, so stellte er den Rechtsanwalt zur Rede. Als Hofmokl eine ausweichende Antwort gab, ohrfeigte ihn der Leutnant. Hofmokl ging nach Hause und holte sich den Revolver, um sich an dem Leutnant zu rächen. Hofmokl-Ostrowski, der zu den angesehensten Rechtsanwälten Warschaus zählt, ist nach Verübung der Tat sofort verhaftet worden.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

An alle Mitglieder der Ortsgruppe Lodz der D. A. P.

Der Ortsvorstand gibt allen Mitgliedern bekannt, daß es ihm dennoch gelungen ist, einen Saal für die Maifeier zu mieten. Die Feier findet am Freitag, den 1. Mai l. J., um 6 Uhr abends im Englischen Saale an der Allee des 1. Mai, Ecke Wulczanskastraße, statt. Die Ansprache über die Bedeutung des 1. Mai hält Abg. Emil Zerbe. Vor und nach der Ansprache werden die einzelnen Sektionen Gesänge, und Vorträge bieten. Die Anwesenheit aller Mitglieder ist erforderlich. Keiner darf fehlen.

Der Ortsvorstand.

Einberufung des II. Parteitages der Deutschen Arbeitspartei Polens.

Gemäß dem § 21 des Organisationsstatutes bringt der Hauptvorstand der D.A.P. hiermit den Ortsgruppen der Partei folgendes zur Kenntnis:

Der II. Parteitag der D. A. P. ist für Sonntag, den 3. Mai, 9 Uhr morgens, nach Lodz einberufen.

Die provisorische Tagesordnung des II. Parteitages:

1. Konstituierung des Parteitages.
2. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.
3. Wahl der Mandatprüfungskommission.
4. Geschäftsbericht des Hauptvorstandes.
5. Bericht der Kontrollkommission.
6. Bericht der Mandatsprüfungskommission.
7. Ausbau der Organisation.
8. Die Finanzen der Partei.
9. Wahl des Parteirates und der Kontrollkommission.
10. Sonstige Anträge.

Der Hauptvorstand der D. A. P.
(—) E. Zerbe,
Parteivorsitzender.

Mitgliederversammlung in Pabianice.

Unter Leitung des Gen. H. Kittel fand am Montag eine Mitgliederversammlung zwecks Besprechung des II. Parteitages statt. Abg. E. Zerbe referierte über den Parteitag. Als Delegierte für denselben wurden die Gen. Otto Herter, Oskar Hegenbardt, Konrad Lange und als Ersatzdelegierte Frl. Alma Lange gewählt.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Kattowitz in Polen unbekannt.

„Die Polen sind schnurrige Leute,“ schreibt die „Frankfurter Zeitung“. „Sie haben ein wertvolles Stück Oberschlesien bekommen. Dort sind den Deutschen Rechte garantiert worden, aber die Polen kümmern sich nicht darum. Wenn deutsche Eltern, wie es ihr verbrieftes Recht ist, für ihre Kinder deutsche Minderheitsschulen verlangen, werden ihnen die Fenster eingeworfen. Dabei passiert dann, wie in Bielschowitz, das Malheur, daß sie einen Polen für einen Deutschen ansehen und totschießen. Ob das die tobsüchtigen Hetzer des Westmarkenvereins zur Besinnung bringen wird? Schwerlich. Es sind ja auch nicht bloß diese, die mit Gewalt aus dem bis vor wenigen Jahren deutschen Land ein polnisches machen wollen. Die Behörde hilft ihnen, und eine Einrichtung wie die Post, die doch dem völkerverbindenden Verkehr dienen soll, weiß nichts Besseres zu tun, als dem Deutschen ihr borniertes „Nie rozumie“ entgegenzuschreien. Da hat vor einigen Tagen eine Industriefirma in Baden an eine andere große Industriefirma in Kattowitz einen Brief gerichtet, dessen Umschlag sie uns zusendet. Ahnungslos hat sie den Bestimmungsort Kattowitz genannt, da sie vermutlich nicht wußte, daß die Polen ihn Katowice nennen. Der Brief ist, wie der Stempel der polnischen Post zeigt, trotz der deutschen Namensform richtig an seinen Bestimmungsort gelangt. Dort aber hat ihn ein tüchtiger polnischer Postbeamter nicht an seinen Adressaten befördert, sondern mit dem schon für solche Fälle bereitliegenden roten Stempel „Kattowitz inconnu“ versehen und zurückgehen lassen.

Wie es scheint, ist es ein besonderer Sport der polnischen Post, aus Deutschland kommende Briefe, die noch die früher übliche deutsche Namensform tragen, in dieser schikanösen Art zu behandeln. Daß sie damit möglicherweise ihre eigenen Landsleute schädigen und daß ein solches Verfahren für eine Industriegegend am allerwenigsten paßt, wo es auf Tage und Stunden ankommen kann, ist diesen patriotischen Trotteln wohl noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Kattowitz hat bei der Volksabstimmung 23 000 deutsche und noch nicht 4000 polnische Stimmen abgegeben. So wird es natürlich heute nicht mehr sein. Aber auch der dümmste Postgehilfe in Kattowitz weiß sehr gut, was „Kattowitz“ bedeutet. Der Name ist ihm sicherlich weniger inconnu als dieses französische Wort, mit dem die polnische Post die Deutschen zu ärgern sucht.

Was ist das für ein kindischer Spaß, und wie soll man Leute ernst nehmen, die durch solche Mätzchen ihr nationales Selbstbewußtsein stärken und dann in die Welt hinausschreien, daß es ihrem Wirtschaftsleben nicht gut gehe!“

Der Papst und der Wilna-Konflikt.

Die Warschauer Blätter bringen begeisterte Berichte über den Empfang, den eine Gruppe jugendlicher polnischer Wallfahrer beim Papst gefunden hat. Die Eingangsworte seiner Begrüßungsrede sprach der Papst in polnischer Sprache und gedachte sodann Polens als seiner zweiten Heimat, da er dort die Bischofsweihe empfangen habe. Bemerkenswert ist der Passus der Ansprache, in dem der Papst die Pilger aufforderte, „ihren jugendlichen Glauben nach Warschau, Wilna, Lemberg, Krakau, Grodno, Lublin und dem ganzen weiten Polen zu tragen.“ Diese Erwähnung Wilnas als einer polnischen Stadt fällt umso mehr auf, als eine litauische Delegation, die sich nach Rom begeben hatte, um der Bestürzung Litauens über die Einbeziehung Wilnas in eine polnische Kirchenprovinz Ausdruck zu verleihen, zu einer Audienz beim Papst überhaupt nicht zugelassen wurde. Andererseits hat der Papst in seiner Ansprache keine der ehemals deutschen Städte Polens genannt.

Die dänische Aussperrung.

Steigerung auf 115 000.

Da der Schiedsvorschlag der Vergleichsinstitutionen im Arbeitskonflikt von den Arbeitern verworfen worden ist, haben die Arbeitgeber mitgeteilt, daß sie in der nächsten Woche weitere Aussperrungen und Entlassungen vornehmen werden, so daß die Zahl der Ausgesperrten auf 115 000 steigen wird.

Automobile für 12 Dollar.

In Neuyork wurde die Nachricht verbreitet, daß im Laufe des Monats April die Fordwerke in Detroit eine ungeheure Menge kleiner Automobile auf den Markt werfen wollen, von denen ein Stück nur 12 Dollar kosten soll. Die amerikanischen Blätter, die diese Nachricht veröffentlichen, nehmen gegen die billigen Automobile Stellung, da dadurch die Automobilindustrie ruiniert werden würde. Keines der Blätter kommt aber darauf, daß die Automobilindustrie durch Umstellung ebenfalls nützliches leisten kann.

Der neue Weltkalender.

Nachdem sich die verschiedensten Größen der Weltgeschichte mit dem Kalender und seiner Verbesserung abgegeben haben, hat sich jetzt der Völkerbund, der anscheinend gar nichts Besseres zu tun hat, daran gemacht und eine Neuregelung vorgeschlagen.

Schon die alten Aegypter hatten eine Einteilung des Jahres, die aber eben so wenig wie die des Solon oder Julius Cäsar genau mit dem Umlauf der Erde stimmte und daher alle paar Jahre Differenzen aufwies und korrigiert werden mußte. Bald fehlte ein Tag, bald war es einer zu viel. Bis in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts hatte sich der Julianische Kalender des großen Römers gehalten, da schuf Papst Gregor XIII. den Gregorianischen, den wir noch heute benutzen. Die Differenz zwischen beiden beträgt heute einen halben Monat. Der Gregorianische hat natürlich auch noch seine Mängel: damit die Jahre mit dem Erdumlauf übereinstimmen, muß alle vier Jahre ein Tag eingelegt werden.

Einschneidender wirkt, besonders für das Wirtschaftsleben, die verschiedene Länge der Monate (Gehälter, Zinsberechnung usw.!) sowie die Beweglichkeit der Feste. Weihnachten und Neujahr fallen stets auf dasselbe Datum. Ostern, Himmelfahrt, Pfingsten nicht, die beiden letzteren richten sich vielmehr nach dem Osterfest, das jedes Jahr anders fällt.

Der Völkerbund hat nun beschlossen, hier vollkommene Remedur zu schaffen, er hat sich schon mit der römisch- und griechisch-katholischen sowie mit der englischen Kirche geeinigt. In erster Linie soll das Osterfest (und damit auch Himmelfahrt und Pfingsten) festgelegt, das heißt in jedem Jahr auf dasselbe Datum gesetzt werden. Das ist aber nicht die Hauptsache. Jedes Jahr soll statt 12 nunmehr 13 Monate erhalten, jeder Monat zu 28 Tagen. Natürlich hat auch das einen Haken, denn 13 mal 28 ergibt 364, es bleibt also in jedem Jahr ein, in Schaltjahren sogar zwei Tage übrig, die man aber im neuen Kalender ohne Datum lassen will. Sie sollen zwischen dem 28. Dezember und 1. Januar als Weltruhetage verbunden mit der Neujahrsfeier eingeschoben werden.

Erreicht wäre damit, daß in jedem Jahr jeder Tag auf denselben Wochentag fiele, wer also an einem Freitag geboren ist, hätte sein Leben lang am Freitag Geburtstag. Die Einführung des neuen Weltkalenders, für den sich der internationale Welthandel stark einzusetzen beginnt, dürfte allerdings noch verschiedene Jahre auf sich warten lassen. Ob er besser als der alte Kalender ist, müßte erst die Zukunft lehren.

Aus dem Reiche.

Zgierz. Der Volksliederabend, die letzte und zugleich auch eine der schönsten Veranstaltungen des Deutschen Gymnasiums, erfreute sich eines besonders guten Besuches. Zuerst sang der Schülerchor die polnische Volkshymne, der eine kernige Ansprache des Direktors, Herrn Dr. Kotzian folgte, in der darauf hingewiesen wurde, daß die Arbeit des Gymnasiums so weit gediehen ist, daß die Schule bereits im Mittelpunkt des Interesses des Publikums steht, was auch der zahlreiche Besuch beweise. Der längere gut durchdachte Vortrag des Herrn L. Schenzel behandelte die Entstehung und Entwicklung des Volksliedes bis zur Gegenwart und schloß mit der Mahnung, das von den Vätern ererbte zu bewahren. Die zwölf vom Schülerchor, einem Doppelterzett und kleinen Mädchenchor unter der Leitung des Herrn Schenzel vorgetragenen Volkslieder waren vorzüglich eingeübt. Auf allgemeinen Wunsch, mußte der Liederabend am darauffolgenden Montag

Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955

von **Hans Dominik.**

(62. Fortsetzung.)

Und dann kamst du ... du warst edel, warst gut zu mir. Du zeigtest mir deine Bewunderung, deine Achtung, dein Vertrauen. Du warst bereit, dein Schicksal, dein Leben mit dem meinen zu verbinden, deinen Namen einer Frau zu geben, deren Leben du kaum kanntest.“

Mit starrem Gesicht hatte Lord Maitland gelauscht. Eine qualvolle Pause entstand.

Lord Horace preßte die Zähne zusammen. Widerstreitende Empfindungen ergriffen ihn. Er empfand die rückhaltlose Aufrichtigkeit Dianas als etwas Wohltuendes. Doch ein anderer Instinkt kämpfte gegen dieses Gefühl in ihm an. Etwas seinem eigenen Wesen Feindseliges tauchte in ihm auf, wollte ihn dazu bringen, all seinen Mut zusammenzuraffen, seine Liebe und sein Mitleid zu bezwingen, seiner Gattin den Rücken zu kehren.

Diana schien seine Gedanken zu erraten.

„Horace! Horace!“ schrie sie mit erstickter Stimme. Alles Blut wich aus ihrem Gesicht.

Der Lord hörte die angsterfüllte Stimme. Er stürzte auf sie zu und schloß ihr den Mund mit zitternden Händen, erschüttert, entsetzt. Er schloß ihre Augen, die starr und weit geöffnet waren. Seine Wimpern wurden feucht.

... Sie fühlte seine Bewegung, sie spürte auf ihren Augen die Finger, die sie berührten, wie nur Liebe und Mitleid zu berühren wissen.

Ihre Arme streckten sich und schlangen sich um den Hals des Mannes.

„Du liebst mich, du glaubst an mich?“

Lord Horace ergriff ihre Hände.

„Laß mir Zeit ... seien wir mutig ... du hast die Gespenster der Vergangenheit geweckt. Es wird Zeit brauchen, sie wieder zur Ruhe zu bringen ...“

„Du fragst nicht nach dem Namen, Horace?“

„Wozu den Namen? Laß ihn begraben sein, Diana.“

„Ich muß ihn dir nennen, daß du alles verstehst ... er ist ... Erik Truwor.“

* * *

„Lord Maitland wünschen Eure Herrlichkeet zu sprechen.“

Der Diener meldete es, und gleich danach trat Lord Horace in das Kabinett des englischen Premierministers. Die Stimmung war ernst. Vor zwei Stunden war die offizielle Nachricht von dem Gefecht vor Sydney in London eingetroffen. Noch hielt die englische Regierung sie zurück. Doch schon liefen unkontrollierbare Gerüchte durch die Straßen der englischen Metropole. Erzählungen von einer unerhörten Schmach, die der Flagge Englands durch amerikanische Streitkräfte zugefügt sein sollte.

Trotz aller Gesetze und Postregale gab es Dutzende geheimer Empfangsstationen für die Funkenmeldungen der ganzen Welt in London. Stationen, die auf einem Schreibtisch bequem Platz hatten und Funkennachrichten aus Australien und Südafrika ebenso sicher auffingen wie aus Schottland oder Frankreich.

Die Londoner Börse wurde zuerst von den Gerüchten getroffen. Sie war in einer trostlosen Baissestimmung. Das Publikum in den Straßen glich einem aufgeregten Bienenschwarm, und Lord Gashford, der leitende Staatsmann des britischen Weltreiches, fühlte den Druck der schweren Verantwortung mehr denn je. Wohl hatte er durch die letzte Instruktion an den australischen Gesandten MacNeills noch eine Frist für die letzte unwiderrufliche Entscheidung gesichert. Aber er war sich dessen voll bewußt, daß die letzte Entscheidung mit Riesenschritten heranrückte.

Lord Maitland hielt ihm das Zeitungsblatt hin, welches Glossin an Lady Diana gesandt hatte.

„Die Nachricht ist gut, wenn sie wahr ist. Wir wissen es noch nicht. Seit sechsunddreißig Stunden warte ich auf den Bericht des Obersten Trotter, der vom Kriegsministerium mit der Expedition beauftragt wurde.“

„Oberst Trotter ...?“

„Wie meinten Sie?“

„Nichts von Wichtigkeit. Nur bin ich der Ansicht, daß der Bericht längst da sein müßte. Es ist unerhört, daß wir das Ergebnis einer von uns betriebenen Unternehmung durch ein schwedisches Lokalblatt erfahren müssen.“

Die Züge des Premiers verrieten von neuem Sorge und Ungewißheit über den Ausgang der Expedition.

„Ich fürchte, daß irgend etwas bei der Unternehmung nicht in Ordnung ist. Auf keinen Fall können wir daran denken, eine Entscheidung zu treffen, bevor wir nicht den Bericht Trotters oder noch besser den Oberst selbst hier haben. Ich habe den Kriegsminister kurz vor Ihrem Erscheinen um seinen Besuch bitten lassen. Ich denke, das wird er sein.“

Sir John Repington trat in das Gemach. In seiner Begleitung kam Oberst Trotter. Er machte nicht eben den besten Eindruck. Die Haut seines Gesichts schälte sich wie Platanenrinde im Frühjahr. Der stattliche Schnurrbart war bis auf einen kargen Ueberrest der Schere zum Opfer gefallen. Der erste Eindruck auf alle in diesem Raume Befindlichen war der, daß es nicht gefahrlos sei, mit Erik Truwor und seinen Leuten anzubinden. Waren sie wirklich unter den brennenden Trümmern ihres Hauses begraben, so hatten ihre Flammen und sonstigen Verteidigungsmittel jedenfalls auch dem Gegner reichlich zu schaffen gemacht.

Der Eindruck verstärkte sich, als Oberst Trotter seinen mündlichen Bericht gab. Acht von seinen Leuten tot, zum Teil in den Flammen umgekommen, verschollen. Fünf mehr oder weniger schwer verwundet. Nur mit sieben Leuten war der Oberst nach England zurückgekommen.

(Fortsetzung folgt.)

wiederholt werden, wozu auch Schüler und Schülerinnen sowie Lehrer und Lehrerinnen vom Staatsgymnasium, darunter auch Musikkenner erschienen, welche sich über die Schülerleistungen sehr anerkennend äußerten. Am Montag, den 27. April, findet im Gemeindehause ein Lichtbildervortrag von Frl. Ziegler — Lodz über das Thema „Barrock" statt. sh.

Ozorkow. Um eine Regierungsanleihe für den Ausbau der Stadt. Der Stadtrat hat ein Projekt ausgearbeitet, das für das Jahr 1925 eine Reihe von Arbeiten vorsieht, u. a. sollen 28 Häuser mit je 8 Wohnungen sowie eine städtische Badeanstalt gebaut werden. In gewissen Teilen der Stadt soll auch eine Kanalisation eingerichtet und das Bett der Bzura reguliert werden. Bei diesen Arbeiten sollen in erster Linie die Arbeitslosen Beschäftigung finden, deren es in Ozorkow über 700 gibt. Dies sind jedoch nur die registrierten Arbeitslosen. Für die Durchführung der Arbeiten benötigt die Stadt einen Kredit von 250000 Zl. Die Stadt ist bereit, das gesamte Stadtvermögen zu verpfänden, um die Anleihe schnellstens zu erhalten.

Das Gesuch zwecks Aufnahme der Anleihe soll durch Vermittlung der Wojewodschaft an die Regierung weitergeleitet werden. Der Bürgermeister Kropp verspricht sich von der Anleihe sehr viel.

Warschau. Ein Polizist wegen Ermordung eines Fuhrmannes zu 1½ Besserungsanstalt verurteilt. Vor dem 8. Strafgericht hatten sich die Polizisten Waclaw Cimoch und Franciszek Zwierzchowski zu verantworten, die im September vorigen Jahres den angetrunkenen Fuhrmann Kalinowski nach dem Polizeibezirk führten und ihn derart verprügelten, daß Kalinowski seinen Verletzungen erlag. Der Staatsanwalt Rudnicki hielt eine beachtenswerte Rede. Er führte aus, daß die Behörden nicht dazu da seien, um den Bürgern das Leben zu erschweren, sondern zu erleichtern. Er stellte auch fest, daß es der Polizei nicht gestattet ist, Bürger zu schlagen und zu morden. Trotz dieser Verurteilung unsres Polizeisystems beantragte der Staatsanwalt die äußerst geringe Strafe von 1½ Jahren Gefängnis. Das Gericht sah jedoch die Strafe für zu hoch an und verurteilte Zwierzchowski nur zu 1½ Jahren Besserungsanstalt, während der Polizist Cimoch aus Mangel an Beweisen völlig freigesprochen wurde. Neben diesem Prozeß lief auch eine Zivilklage der Witwe des Ermordeten. Die Zivilklage wurde berücksichtigt und 18560 Zloty als Schadenersatz für die Witwe und ihre vier Kinder bestimmt.

Sosnowice. Ein rein sozialistischer Magistrat. Bei den Stadtratwahlen haben die Sozialisten die Mehrheit erhalten, so daß in den Magistrat nur Sozialisten gewählt wurden. — In Dombrowa sieht es ähnlich aus. In das Präsidium des Stadtrats wurden nur Sozialisten berufen. Auch hat der Kandidat der P. P. S. die größte Aussicht, Stadtpräsident zu werden.

Krakau. Ein gefälschtes Testament. Zwischen Wien und Krakau schwebt eine Testamentsfälschungsangelegenheit. Im Jahre 1912 hatte der damalige polnisch-österreichische Abgeordnete Tyszowski letztwillig die Krakauer Akademie der Wissenschaften zur Universalerbin seiner reichen Liegenschaften in Galizien mit der Bedingung eingesetzt, daß sie dieses Geld für Krebsforschungen verwendet. Die Familie brachte im Laufe des Gerichtsverfahrens ein anderes Testament vor, das sich jetzt als gefälscht erwies. In Krakau wurde in der Sache der Chef der Großhandelsfirma Ingenieur Konopka verhaftet und in Wien zwei Verhaftungen vorgenommen.

Bromberg. Die „Volkszeitung" vor dem Strafrichter. Am 16. April hatte sich der verantwortliche Redakteur der Bromberger „Volkszeitung" vor der Berufungsinstanz beim Bezirksgericht zu verantworten. In der Nr. 39 vom 23. November 1923 erschien ein Leitartikel mit der Ueberschrift: „Haarsträubende Zustände in Wallfahrtsorten." Wegen dieses Artikels war am 9. Mai 1924 eine Verurteilung zu vierzehn Tagen Gefängnis erfolgt. Hiergegen war Berufung eingelegt worden. Vor der Berufungsinstanz wurde der ganze Sachverhalt noch einmal eingehend erörtert. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Der Anklagevertreter beantragte Verwerfung der Berufung und Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils. Der Verteidiger Dr. Budzynski wandte sich in längeren juristischen Ausführungen gegen die Anklage der Beschimpfung der Kirche und erblickte in dem Artikel gleichfalls nur eine berechtigte Kritik an vorhandenen Uebelständen.

Nach kurzer Beratung des Gerichts wurde nachstehendes Urteil verkündet: Die Berufung wird verworfen und das Urteil der ersten Instanz, vierzehn Tage Gefängnis, bestätigt.

Es ist leider so, daß man sich bei uns an eine Kritik kirchlicher Einrichtungen nicht heranwagen darf. Nach dieser Richtung sind die Behörden sehr empfindlich.

Graphologische Ecke.

Die Handschrift ist die Sprache des Charakters.

Es genügt die Einsendung von ca. 20 zwanglos ohne Linien mit Tinte geschriebenen Zeilen, möglichst mit Unterschrift, am besten Briefe älteren Datums. Angabe eines Stichwortes. Gleichzeitige Einsendung von einem Zloty. Direkte briefliche Urteile ausgeschlossen. Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Urteile.

„Hopsassa". Verliebte Natur — höflich, dabei im Grunde des Herzens gut — fröhliches Wesen — plaudert viel und gern — sparsam (jedoch hierin ungleich) — denkt oft an die Vergangenheit — vorwärts strebend, trotz manch erlebten Schlages — Gefühlsperson.

Unterschrift „Wally" (ohne Stichwort). Herzensgutes Wesen — Verstand leitet die Handlung — praktisch veranlagt — großzügig — hält auf sich — neigt zur Pedanterie — besitzt Schönheitssinn und liebt.

W.

Der Mai-Aufruf der Deutschen Arbeitspartei Polens.

Der Hauptvorstand der D. A. P. hat folgenden Aufruf an die gesamte Mitgliedschaft der D. A. P. erlassen, der in Gestalt von in deutscher und polnischer Sprache gedruckten Flugzetteln allen Ortsgruppen zur Verbreitung übersandt wurde:

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Im Zeichen schwerster wirtschaftlicher Not begehen wir in diesem Jahre die Feier des 1. Mai. Wir müssen zusehen, wie Tausende von uns hungern und darben, wie Tausende kümmerlich ihr Dasein fristen, während andere im Ueberfluß schwelgen. Die Arbeitslosigkeit hat in erschreckendem Maße um sich gegriffen, sie hat die Familien der Arbeiter und Angestellten in das bitterste Elend gestürzt. Nun steht so mancher schwergeprüfte Familienvater vor der geschlossenen Tür seiner Fabrik, so manch einer sucht wochenlang vergebens nach Arbeit. Eine noch viel größere Zahl aber muß sich kärglich durchschlagen, da sie nur an zwei oder drei Tagen in der Woche arbeitet. Arbeiter! Wir **wollen** arbeiten, wir haben aber **keine Möglichkeit** zu arbeiten. Wir müssen daher verlangen, daß der Staat uns zu Hilfe kommt, daß er uns nicht im Elend umkommen läßt.

Arbeit für alle, die arbeiten wollen!
Unterstützungen für alle, die keine Arbeit finden!

Diese Forderungen wollen wir heute am 1. Mai mit vereinten Kräften stellen. Wir protestieren mit aller Schärfe gegen die Einschränkung der Arbeitslosenunterstützungen! Wir verlangen mit allem Nachdruck, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz auf alle Arbeiter und Angestellten vom 16. Lebensjahre ab ausgedehnt wird! Keinem Arbeitslosen dürfen die Unterstützungen verweigert werden!

Arbeiter! Noch andere Gefahren drohen uns, gegen die wir uns heute mit aller Schärfe wenden müssen. Die Reaktion in unserem Staate versucht mit allen Mitteln die Macht an sich zu reißen, um die Arbeiterschaft und die nationalen Minderheiten ungehindert knebeln zu können. Sie weiß aber genau, daß sie die Mehrheit des Volkes nicht mehr hinter sich hat. Deshalb will sie **das gleiche Wahlrecht fälschen**, um uns dadurch vollständig zu Sklaven des Kapitals herabzudrücken. Es erschalle daher am 1. Mai unser Ruf:

Nieder mit dem Pluralwahlrecht!
Es lebe die Gleichberechtigung!

Arbeiter! Unsere Lage wäre besser und unsere Macht größer, wenn wir einheitlich und geschlossen aufmarschieren würden. Leider ist das auch heute noch nicht der Fall. Wir wollen daher heute am 1. Mai die Parole ausgeben:

Zusammenschluß aller Arbeiterparteien!
Eine starke Front gegen die Reaktion!

Dies ist unser Ziel, dem wir auch weiterhin zustreben. Wir haben aber, leider, auch noch in den Reihen der deutschen Arbeiterschaft viele, die müßig zuschauen und an unserem Kampfe aus Lauheit oder Furcht nicht teilnehmen. Diesen rufen wir am heutigen Maitage zu:

Hinein in die Organisation!
Stärkt die Reihen der Kämpfer!

Je stärker wir dastehen, desto mehr können wir erreichen. **Nur durch starke Organisationen kann die Arbeiterschaft ihre Feinde niederringen.** So wollen wir denn heute an dem Feiertag der Arbeit erneut das Gelöbnis abgeben, zu arbeiten und zu kämpfen

gegen Reaktion und Nationalismus,
gegen Unterdrückung und Knechtung,
gegen die Kriegstreibereien,
für die Gleichberechtigung,
für den Sozialismus!

Der Hauptvorstand
der Deutschen Arbeitspartei Polens.

Lodz, den 1. Mai 1925.

Um zwei schöne Augen.

Roman von **H. Abt.**

(39. Fortsetzung.)

Sie verstummte jäh vor dem dunklen Blitz, der sie aus seinen Augen getroffen.

Er aber, sich abwendend, drückte die Hand an die Stirn. Häusliche Misere mit all ihren kleinen Erbärmlichkeiten, wenn er der eines Tages standhalten mußte — ob er's könnte?

Er griff nach der Wasserkaraffe, stürzte ein Glas voll hinunter, als könnte er damit das Würgen an der Kehle hinabspülen.

„Hast du Durst?" fragte leise Adele. „Soll ich dir eine Flasche Bier bringen?"

Ohne zu antworten, starrte er sie an.

Durst — ja, Durst nach dem Leben.

XI.

Herbststürme regierten. Im Erdinnern wühlten sie, daß aus dem dunklen Schlunde glühendes Verderben hervorbrach, und des Meeres Tiefen peitschten sie auf, daß der Nordwind mit den Wogen einen wilden Totentanz vollführte. Erdbeben, gesunkene oder verschlagene Schiffe — nahm einer die Zeitung zur Hand, er wußte im voraus, daß er davon die Kunde finden würde.

Nur flüchtig hatte der Professor Erich Lüttgard über die Spalten hingelesen, die von dem Orkan berichteten, der wieder einmal auf dem Ozean gewütet. Was konnte er denen helfen, die fernab schiffbrüchig mit den Wellen rangen?! Andere, die sich von ihm Rettung erhofften, denen er seine Sorgfalt, seine Kräfte widmete, um deren Leben er oft einen erbitterten Kampf mit dem Tode führte, die waren ihm nahe zur Hand. Von dem Zimmer, in dem er saß, nur den langen, weißen Korridor hinunter, da war der große Krankensaal des städtischen Hospitals, dem er seit kurzem als Leiter vorstand. Was kümmerten Erich Lüttgard die weit da draußen!

Er schob die Zeitung von sich und nahm sie doch noch einmal zur Hand. Die Anfangsbuchstaben eines Namens waren ihm in die Augen gesprungen .... „Eine junge Dame, ein Fräulein H... E..."

Was war mit ihr, wer war sie?

Aufmerksam las er nun die betreffende Stelle:

„Auch auf Helgoland brachte der Sturm ein Menschenleben in schwere Gefahr. Eine junge Dame, ein Fräulein H... E..., die sich seit längerem auf dem roten Eiland aufhält und als geübte Ruderin schon oft ihr Boot allein geführt, wurde dabei am vergangenen Montag vom Sturm überrascht. Nur mit eigner Lebensgefahr gelang es schließlich mehreren Schiffern, die allzu kühne Dame davor zu bewahren, daß sie nicht rettungslos aufs offene Meer hinaus verschlagen wurde."

Mit seinem festen, klaren Blick schaute der Professor über das Zeitungsblatt vor sich hinaus. Der letzte Satz stand wie ein lebendes Wesen vor seinen Augen.

Und ein Name stand dabei.

Herta Ellgenrodt. Wenn sie es wäre? Sie hatte' als sie sich im verwichenen Sommer unvermutet in der Schweiz getroffen, davon gesprochen, daß sie vielleicht noch an die See ginge, und der kühne Mut, der die Gefahr nicht achtete, fast sie suchte, er sähe ihr ähnlich.

Die Gletscherwelt des Berner Oberlands erstand plötzlich vor seinem Geiste, er sah sich selber mit Herta Ellgenrodt in der gewaltigen Einsamkeit der Bergesriesen, wähnte den Schrecken zu fühlen, der ihn durchzuckt, als er aus versunkenem Schauen das Haupt nach seiner Gefährtin wandte und sie mit erhobenen Armen, die Hände hinter dem Nacken verschränkt, hart am Rande des fürchterlichen Abgrunds erblickte. Zurückgerissen hatte er sie, herrschte zürnend empört sie an:

„Welcher Leichtsinn! Ein einziger Augenblick des Schwindels."

Sie aber sah ihn ruhig an. „Ich kenne keinen Schwindel und fürchte mich nicht vor der Größe."

Wenn er's recht bedachte, hatte es in der Minute begonnen, daß sie sich in Freundschaft zu einander fanden.

Am herzlichsten hatte sich darüber seine Frau gefreut, die noch von ihren Mädchenjahren her Herta kannte. Ihm selbst war sie zunächst nicht sonderlich sympathisch gewesen. Sie war zu verschieden von dem, was ihn an einem weiblichen Wesen fesselnd, liebenswert berührte. Bis er sie nicht länger als Weib, sondern als Menschen nahm.

„Ich hab's gewußt, daß ihr gute Freunde werden müßtet," hatte ihm Daniela, seine Frau, gesagt. „Ihr müßt euch ja verstehen, weil ihr in vielem wesensverwandt seid. Ich glaube, darum ist es auch, daß ich Herta so lieb habe, ohne danach zu fragen, ob auch sie mich wirklich lieb hat."

„Wer sollte dich nicht lieb haben, Daniela," lautete seine Antwort.

Daniela — er war aufgesprungen. Auch sie pflegte um diese Stunde die Zeitung zu lesen, wenn sie die Notiz fand und ihr gleich ihm die Vermutung kam, es könne sich um Herta Ellgenrodt handeln — sie würde sich darüber erregen, und jede Aufregung war wie ein Tropfen Gift für sie.

Unruhig ging er ein paarmal im Zimmer hin und her, blickte nach der Uhr — ja, eine halbe Stunde hätte er wohl Zeit, um schnell einmal daheim vorzusprechen. Er verließ das Krankenhaus, sprang in eine der draußen haltenden Droschken und fuhr zu seiner unweit belegenen Wohnung. Unterwegs ließ er auf einmal den Kutscher halten und eilte in das Telegraphenamt hinein. Der Einfall war ihm gekommen, bei dem ihm bekannten Arzt auf Helgoland telegraphisch anzufragen, ob jene Dame wirklich Herta Ellgenrodt sei und noch auf der Insel verweile.

(Fortsetzung folgt.)